

Soziale Proteste

Zivile Rechte im Corona-Lockdown

Zahlreiche Regierungen nutzen die Corona-Pandemie, um soziale Proteste zu unterbinden und zivile Rechte ausser Kraft zu setzen. Bei der Krisenbewältigung hingegen versagen sie oft. Es sind die lokalen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die betroffenen Menschen unterstützen. Angesichts der sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten dürften die gesellschaftlichen Proteste daher langfristig eher zunehmen als zurückgehen.

von Bernd Steimann

Bernd Steimann ist Koordinator für Entwicklungspolitik bei der unabhängigen Schweizer Entwicklungsorganisation Helvetas.

Seit Wochen kommt es in der Schweiz immer wieder zu öffentlichen Kundgebungen gegen die Corona-Massnahmen des Bundesrats. Impfgegner gehen ebenso auf die Strasse wie Rechtsextremisten und Anhänger von Verschwörungstheorien, und die notorischen Staatsgegner sind ohnehin nie weit. Unter den Demonstrierenden gibt es aber auch Menschen, die sich um ihre grundlegenden Bürgerrechte sorgen.

Zum Glück gibt es in der Schweiz wenig Anlass zu übertriebener Sorge. Immerhin war es gewissen Bundesräten schon nach einigen Wochen «nicht mehr wohl» in ihrer Haut, das Parlament kam während einer ausserordentlichen Session Anfang Mai rasch wieder auf Betriebstemperatur und trifft sich im Juni zur ordentlichen Sommersession. Zudem hat eine grosse Mehrheit der Bevölkerung weiterhin grosses bis sehr grosses Vertrauen in den Bundesrat. Die direkte Demokratie wird diese Krise wohl einermassen unbeschadet überstehen, zumal die Regierung mittlerweile weitgehende Lockerungen beschlossen hat.

Anders sieht es in vielen anderen Ländern der Welt aus. 2019 war ein regelrechtes Jahr der sozialen Unruhen: Von Hongkong über den Iran und den Mittleren Osten bis nach Südamerika gingen die Menschen zu Abertausenden und teilweise über Monate hinweg auf die Strassen, um ihrem Unmut über Korruption, Misswirtschaft und Unterdrückung Luft zu verschaffen. Manche Regierung geriet dadurch unter massiven öffentlichen Druck, der Präsident Boliviens ergriff sogar die Flucht. Kurz: Es rumorte allenthalben.

Viele Regierungen werden nicht unglücklich gewesen sein über die Gelegenheit, mit Verweis auf Corona drastische Massnahmen ergreifen zu können und jegliche Menschenansammlungen per sofort und unter Androhung hoher Strafen strikt zu verbieten. Seither werden

«Gelingt es den Machthabern nicht, die sozialen Ungleichheiten rasch zu mindern, werden die unterbrochenen Proteste umso heftiger zurückkehren»

Menschen rund um die Welt daran gehindert, sich zu treffen, Veranstaltungen abzuhalten oder Kundgebungen durchzuführen. Gleichzeitig haben zahlreiche Regierungen Notrecht und neue Überwachungsmaßnahmen eingeführt – der öffentliche Widerstand bleibt so auf den virtuellen Raum beschränkt und entfaltet entsprechend wenig Wirkung. Auch parlamentarische Auseinandersetzungen finden kaum statt, wurden doch viele Parlamente ausser Kraft gesetzt.

Damit verschärft sich eine Tendenz, die schon vor Corona beobachtet werden konnte: Viele Regierungen beschneiden immer mehr zivile Grundrechte und tun dies auf eine zunehmend unverfrorene Art und Weise. Die gegenwärtige Entwicklung ist aber darum bemerkenswert, weil es viele dieser Regierungen gleich-

zeitig verpassen, ihre Bevölkerung ausreichend vor dem Virus zu schützen oder die Kollateralschäden durch die ergriffenen Massnahmen wirksam abzufedern. Fast überall schnellen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe, verschärfen sich Armut und Hunger. Doch die Regierungen vermögen keine überzeugenden Antworten zu geben, sei es wegen Geldmangel, Inkompetenz oder beidem. Oder sie ignorieren, schlimmer noch leugnen das Virus und setzen ihre Bevölkerung auf fahrlässige Art und Weise der Ansteckungsgefahr aus.

Vertrauen ist gefordert

Doch wo der Staat versagt, springen oft lokale Organisationen und Gemeinschaften in die Bresche, um essenzielle Dienstleistungen zu erbringen und die abwesenden Regierungen zu ersetzen. In Tunesien etwa vernetzten sich innert Kürze rund 100 000 Menschen über soziale Medien, um rasch und unkompliziert 24 lokale Zentren zur Unterstützung der Menschen während des Lockdown aus dem Boden zu stampfen. In Brasilien wurde eine Kampagne gestartet, um der Desinformation der Regierung zu kontern und die Menschen über die reelle Gefahr, die vom Coronavirus ausgeht, aufzuklären. Anderswo überwachten Nichtregierungsorganisationen, welche Massnahmen ihre Regierung trifft und wie diese umgesetzt werden. So kam es in Chile zu koordinierten Protesten mit Pfannen- und Pfeifkonzerten

auf Balkonen oder in Singapur zu öffentlichen Kampagnen für die Rechte und den Schutz von Arbeitsmigranten. Vielerorts machen Lokal- und Regionalbehörden eine weitaus bessere Figur in der Krisenbewältigung als die Zentralregierungen, denn sie kennen die lokalen Bedürfnisse. Nicht wenige Staatspräsidenten haben in den letzten Wochen Entscheide über unpopuläre Massnahmen an die Regionen abgeschoben. Nun aber, da die Infektionszahlen zu sinken beginnen, reklamieren sie den Erfolg für sich. Das kommt nicht überall gut an, wie die sinkenden Popularitätswerte gewisser Staatsoberhäupter belegen.

Gerade in zentralistisch sowie autoritär regierten Staaten scheint die Pandemie damit zu einem Vertrauensschwund in die Zentralregierung zu führen, während das Ansehen von zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen wie auch von Lokalregierungen eher zunimmt. Für gewisse Regierungen könnte das auf Dauer durchaus zum Problem werden – dann nämlich, wenn die Coronakrise dereinst abflacht und die öffentliche Debatte wieder von anderen Themen beherrscht wird. Gelingt es den Machthabern also nicht, die sich gegenwärtig verschärfenden sozialen Ungleichheiten rasch zu mindern, werden die durch das Virus unterbrochenen Proteste schon bald umso heftiger zurückkehren. ■

